

Vorwort

Die Entwicklung in der Ukraine bereitet große Sorgen. Wir befinden uns gerade in einer Situation, die ernster ist als alles, was Deutschland, Europa und „der Westen“ seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs an ernstesten Situationen zu bestehen hatten. In seiner Unterstützung für die Ukraine ist das westliche Bündnis viel weiter gegangen, als dies am Anfang des Krieges denkbar erschien.

Was beunruhigt, ist die Militarisierung Deutschlands und Europas.

Bedenklich auch, wie Medien, auch der sog. Qualitätsjournalismus, massiv versucht haben, Politik nicht nur zu beschreiben, sondern direkt zu beeinflussen.

Und das alles in einer so schwierigen Lage wie derzeit, in der wir Politiker brauchen, die einen kühlen Kopf behalten, ihre Entscheidungen gemeinsam mit den transatlantischen Partnern genau abwägen und sich nicht durch unsägliches Mediengeschnatter irritieren lassen.

Warum machen die Medien eigentlich nicht mal deutlich, was Deutschland an Unterstützung für die Ukraine leistet? Und warum wird eigentlich erwartet, dass Deutschland nur zu machen hat, was andere fordern?

Dass die Koalitionspartner FDP und insbesondere die Grünen die Speerspitze derer sind, die Waffenlieferungen fordern, verstehe wer will.

Nach dem Leopard dann Flugzeuge und Schiffe? Auch das wurde ja schon „gefordert“.

Bleibt die Hoffnung, dass der Kanzler weiterhin besonnen agiert.

Georg Mascolo hat es in einem Kommentar auf den Punkt gebracht:

„Es geht um den Ton, der in der Waffen-Debatte angeschlagen wird. Dieser zeichnet sich durch viele vermeintliche Gewissheiten aus, aber auch durch Maßlosigkeit. Letztere zeigt sich in dem Vorwurf an Kanzler Olaf Scholz, Lieferungen zu verschleppen oder in der Unterstellung, bei ihm herrsche ein latenter Unwille, die Ukraine zu unterstützen...Ja, den Fehler, zu langsam zu handeln, kann man machen. Aber man kann auch ungewollt einen Konflikt auslösen, der im schlimmsten Fall zum dritten Weltkrieg eskaliert. Der Boden schwankt, die Ungewissheiten sind schwer zu ertragen.“

Kaum eine Bundesregierung zuvor war mit so schwierigen Fragen konfrontiert. Scholz aber wird manchmal aus der eigenen Koalition, öfter aus der Opposition und auch immer wieder einmal von Experten und Medien das Argument dieser so notwendigen Abwägung abgesprochen.

Dann heißt es, das Risiko einer nuklearen Eskalation sei doch sehr unwahrscheinlich oder gar ausgeschlossen.

Diese Gewissheit haben diejenigen, die sie vortragen, jedenfalls ziemlich allein. In der Bundeswehr nennen sie dies töricht, in den USA ist weitgehend unumstritten, dass das Risiko sich nur sehr schwer kalkulieren lässt.

Wie rational handelt das Putin-Regime eigentlich noch?

Das ist der Grund, warum US-Präsident Joe Biden Forderungen nach Kampfjets jedenfalls für den Moment erst einmal zurückweist...“

Olaf Scholz hat schon im Frühjahr letzten Jahres in einem Spiegel-Gespräch erläutert, es gebe „kein Lehrbuch für diese Situation, die Konsequenzen eines Fehlers wären dramatisch...“

Der Amtseid des Bundeskanzlers lautet übrigens:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

INHALT

Seite 2
Die SPD im Landkreis

Seite 3
Bericht aus Berlin

Seite 4
Bürgergeld
Kuck mal wer da spricht

Seite 5
Söder der Sprücheklopfer

Seite 6
41. Dreikönigstreffen

Seite 7
Erlenbach aktuell

Seite 8
Die SPD trotz dem Terror
Steuergerechtigkeit
Das Letzte
Termine

Die SPD im Landkreis

Allmählich hat sich eine gewisse Normalität in der Kreistagsarbeit eingestellt und Corona ist nicht mehr das dominierende Thema. Im Mittelpunkt der vergangenen Monate stand natürlich weiterhin der Dauerbrenner Klinikneubau – hier geht es, nachdem endlich die fachliche Billigung erteilt worden ist, auch in absehbarer Zeit mit dem Bau los. Ärgerlich, wenn sich einzelne Kreisräte mit reinen Fantasiezahlen zu den Kosten des Neubaus immer dann zu Wort melden, wenn die Presse dabei sitzt und damit versuchen, auf einer Welle der Empörung nach Zustimmung zu fischen, ohne konstruktive Vorschläge einzubringen. Voran geht es auch mit dem Schulstandort Marktheidenfeld: Der Neubau der Main-Spessart-Halle ist an ein Architektenbüro vergeben worden und damit kann der erste Schritt zur Neugestaltung gemacht werden. Nach dem Neubau der Sporthalle und dem Abriss der alten Halle wird zunächst die Realschule gebaut, die dann Platz machen wird für den Neubau des Gymnasiums. Natürlich sind das immense Kosten, die der Landkreis da schultern muss, aber es sind Investitionen in die Zukunft und es ist sicherlich kein verschwendetes Geld!

Der Kreisvorstand der SPD ist mitten in den Wahlkampfplanungen. An dieser Stelle darf ich mich noch einmal herzlich für die Unterstützung unserer Kandidaturen bedanken. Monika, Stefan, Marc und ich wollen ab dem Frühjahr möglichst regelmäßig durch den Landkreis touren und vor Ort mit einem Pop-Up-Café am Straßenrand das Gespräch mit euch suchen. Die Themen, die uns umtreiben und für Bayern wichtig sind, liegen auf der Hand: Wie bekommen wir auf dem Land eine Verkehrswende hin? Wie schaffen wir den Wechsel zu erneuerbaren Energien so schnell wie möglich? Wie begegnen wir dem Arbeits- und Fachkräftemangel – vor allem in der Pflege und im Bildungssystem? Welche Maßnahmen ergreifen wir, um den Folgen des Klimawandels zu begegnen? – das sind nur einige Punkte, die wir mit euch aufgreifen wollen. Also: Obacht, falls ihr ein Plakat von uns entdeckt, denn wir würden uns freuen, euch zu treffen.

Von Pamela Nembach, SPD-Kreisvorsitzende, Mitglied des Kreistages Main-Spessart und stellv. Landrätin



„Nominierungsversammlung in Altfeld. Pamela Nembach mit den Delegierten vom SPD-Ortsverein Klaus Hudalla, Matthias Liebler und Martin Wagner.“



Im Rahmen des traditionellen Dreikönigstreffens ehrte der SPD-Ortsverein mehrere Mitglieder für langjährige Treue zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ortsvereinsvorsitzender Martin Wagner dankte für die langjährige Mitgliedschaft und Unterstützung und überreichte neben Urkunden ein Weinpräsent. Er übermittelte auch die Glückwünsche des Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel sowie der Kreisvorsitzenden Pamela Nembach.

Bild von links: Stellvertretender Vorsitzender Matthias Liebler, Jochen Eyrich (20 Jahre), Helmut Hauptmann (30 Jahre), Gisela Kettler (45 Jahre), Vorsitzender Martin Wagner

Bericht aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser,

ein sehr anstrengendes und herausforderndes Jahr liegt hinter uns. Die neue Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Grünen und FDP geführt von Bundeskanzler Olaf Scholz war keine 100 Tage im Amt, als mit dem Überfall von Putin auf die Ukraine mitten in Europa ein Krieg seinen Anfang nahm und eine neue Zeit begann. „Zeitenwende“ nannte es unser Bundeskanzler. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie davor. Wir nehmen die Herausforderung an, vor die die Zeit uns gestellt hat – nüchtern und entschlossen.

Zu allererst geht es darum, der Ukraine zu helfen. Wir haben über 1 Mio. aufgenommen und versorgen die Ukraine gemeinsam mit unseren Partnern mit Hilfsmitteln und Waffen. Der Zusammenhalt in der Europäischen Union ist gewachsen. Wenn es darauf ankommt, kann man sich im Bündnis aufeinander verlassen. Das gleiche gilt für die Nato.

Russlands Angriffskrieg fordert uns auch im Innern. Die Sorge, dass Deutschland eine schwere Wirtschaftskrise trifft, war groß. Die Bundesregierung hat alles dafür getan, damit es nicht dazu kommt. Mit Erfolg. Gewaltige Hilfs- und Entlastungspakete wurden auf den Weg gebracht. Das Auffüllen der Gasspeicher stand ganz oben auf der Agenda. Wir haben unsere Energieversorgung im Laufe des Sommers so umgestellt, dass der über 60%-ige Anteil von russischem Gas komplett kompensiert werden konnte. LNG-Terminals an Nord- und Ostsee wurden in 10 Monaten erstellt und in Betrieb genommen.

In der Krise zeigt sich der Charakter, sagte einmal unser Bundeskanzler Helmut Schmidt. Krisen legen aber auch Lücken und Mängel offen. Es fehlen Arbeitskräfte, die Digitalisierung steckt noch in den Kinderschuhen, der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde in Bayern nicht nur verschlafen, sondern bekämpft und verhindert. Die CSU ist und war auf dem Holzweg. Söder und seine Vorgänger kämpften gegen Windräder und Stromtrassen und haben gar nicht gemerkt, dass sie den Wirtschaftsstandort Bayern damit existenziell in Gefahr bringen. Die Bundesregierung lässt 20 Kohlekraftwerke und 3 Atomkraftwerke vorübergehend länger am Netz und beschleunigt den Ausbau der Infrastruktur. Vereinfachung von Genehmigungsverfahren tragen wesentlich zum neuen Deutschland-Tempo bei, wie es Olaf Scholz jüngst ausdrückte.

Und: Wir sorgen dafür, dass die Gesellschaft mehr zusammenhält – auch das ist enorm wichtig. „Soziale Politik für Dich“ war unser Slogan in der Bundestagswahl und danach handeln wir auch. 12 Euro Mindestlohn, Bürgergeld, mehr Kindergeld, höhere Renten, höheres Wohngeld, Stärkung der Tarifbindung und mehr Sicherheit und Hilfe für den Strukturwandel haben wir bereits umgesetzt.

Die Berliner Koalition stellt sich den Herausforderungen. Wir werden das Land sicher auf den Weg in die Zukunft leiten. Das gelingt nur mit Unterstützung der Menschen: Lasst uns zusammenhalten und nicht spalten, lasst uns offen sein und hilfsbereit, lasst uns miteinander statt übereinander reden. Dann ist schon viel gewonnen.

Apropos gewonnen: Im Oktober ist Landtagwahl. Unser Bayernland braucht mehr Sozialpolitik und mehr Fortschritt - deshalb braucht es die SPD!

Ihr



Bernd Rützel



Bild: Henning Schacht

Bürgergeld

Ab dem 1.1.2023 ersetzt das neue Bürgergeld die alte Grundsicherung. Damit vollzieht sich 20 Jahre, nachdem die Hartz-Kommission ihren Bericht zur Arbeitsmarktreform vorlegte, ein fundamentaler Wandel des Sozialstaats.

Mit der Reform reagiert die Ampel-Koalition auf weitreichende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt: Bei der Einführung der Hartz-Reformen fehlte es an Arbeitsplätzen, heute fehlen Arbeits- und Fachkräfte. Das Bürgergeld leistet einen Beitrag zur Fachkräftesicherung, indem es auf Qualifizierung setzt.

Gute Arbeit statt Hilfsjobs

Das Bürgergeld sorgt für ordentliche Arbeit statt Hilfsjobs.

Das Ziel ist die Vermittlung in gute, ordentlich bezahlte und langfristige Arbeitsverhältnisse.

Aus- und Weiterbildung sind der Königsweg zurück auf den Arbeitsmarkt.

Viele der Langzeitarbeitslosen haben keine abgeschlossene Ausbildung. Durch mehr und bessere Weiterbildung - beispielsweise durch das Nachholen eines Abschlusses - können sie so nachhaltig in Arbeit gebracht werden.

Mit dem Bürgergeld soll auch die berufliche Weiterbildung stärker gefördert werden: Wer sich für eine Ausbildung oder Umschulung entscheidet, wird intensiver unterstützt.

Junge Menschen werden gestärkt: Anlässlich der Einführung des Bürgergeldes werden die Absetzbeträge vom Einkommen für Schüler:innen, Studierende und Auszubildende erhöht, damit sie die Erfahrung machen können, dass sich eine Arbeitsaufnahme auszahlt. Schüler:innen dürfen künftig ihren Verdienst aus dem Ferienjob komplett behalten.

Der Mensch im Mittelpunkt

Mit dem Bürgergeld wird das Versprechen unseres Sozialstaates erneuert: Er sorgt für Schutz und Chancen auch in schwierigen Lebenslagen - verlässlich, solidarisch, individuell.

Der Mensch und seine persönliche Lebenssituation stehen im Mittelpunkt.

Zu diesem Thema - der „Stammtisch“ behauptet etwas anderes

Millionen verzichten auf Sozialleistungen (Süddeutsche Zeitung vom 3. Januar 2023)

Millionen Menschen in Deutschland nehmen Sozialleistungen nicht in Anspruch, obwohl sie ihnen zustehen. Dies gilt sowohl für die staatliche Grundsicherung, Pflegehilfen, den Kinderzuschlag für Geringverdiener oder das Wohngeld. Dies zeigt eine Analyse diverser wissenschaftlicher Studien...

Artikel 20 Grundgesetz

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

„Kuck mal, wer da spricht!“

„Im Plenarsaal lässt sich Ministerpräsident Markus Söder so gut wie nie sehen - außer wenn er selbst im Mittelpunkt steht. Dafür erntet er sogar von Landtagspräsidentin und Parteifreundin Ilse Aigner Kritik.

Ist er es wirklich? Kann das sein? Im Landtag ist ja schon gescherzt worden, ob Markus Söder den Weg überhaupt noch kennt. Zur Mittagszeit tritt der Ministerpräsident den Gegenbeweis an. Er marschiert durch den Steinernen Saal, vorbei an der hübschen Weihnachtskrippe unter dem kolossalen Christbaum, biegt zweimal links ab und, tatsächlich: Er betritt den Plenarsaal, leibhaftig.

Da sitzt Söder (CSU) dann, am frühen Nachmittag, vor ihm dampft ein Heißgetränk, neben ihm, am Rednerpult, spricht Sebastian Körber. „Schön, dass Sie wenigstens mal auf eine Tasse Tee ins Plenum kommen“, spottet der FDP-Abgeordnete.

Es ist Donnerstag im Maximilianeum, letzte Plenarsitzung des Jahres, der richtige Moment für Bilanzen. Und was soll man sagen? Eine Anwesenheitsliste führt das Landtagsamt nicht, doch außer drei Redebeiträgen ist dort wenig dokumentiert über die Präsenz des Ministerpräsidenten im Parlamentsjahr 2022.

Recht viel öfter als diese drei Mal war Söder jedenfalls nicht im Plenarsaal, bei immerhin 30 Sitzungstagen...

...Man kann aber auch mal in die übrigen Parlamente schauen, auf die Jahresbilanzen der anderen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten. Um es vorwegzunehmen: So richtig schmeichelhaft fällt dieser Blick nicht aus für Markus Söder.

Ein paar Beispiele aus einer SZ-Umfrage in allen Landesparlamenten.

In Brandenburg hat Dietmar Woidke (SPD) nur einmal gefehlt, an 23 Plenartagen. In Sachsen war Michael Kretschmer (CDU) zweimal nicht da, bei 19 Sitzungen. Zu den eher unsichtbaren Landeschefs gehören dagegen Hendrik Wüst (CDU), der in Nordrhein-Westfalen an 22 von 32 Plenarsitzungen teilnahm, oder

Manuela Schwesig (SPD), die in Mecklenburg-Vorpommern auf 23 von 34 Sitzungen kommt.

Doch verglichen mit der Söder-Bilanz sind selbst das Streberzahlen.

Wer bei den Parlamentspressestellen außerhalb des Freistaats anruft, dem begegnet dann auch einiges Staunen über die Präsenz des bayerischen Ministerpräsidenten. **„Wie bitte?“ - „das würde bei uns nicht gehen.“**

(SZ vom 16. Dezember 2022)

So sieht also die Wertschätzung von Söder für das Parlament aus.

Termine und Auftritte in Bierzelten sind ja auch wichtiger...

Spruchbeutel

Noch knapp neun Monate bis zur Landtagswahl in Bayern: Wie Söder und die Söder*innen immer auf den Putz hau`n, statt zu bau`n“. Oder: „Vom Asyltourismus zum Bäume-Umarmer zum AfD-Umarmer.“ (So Hans Well, ehemals „Biermösl Blosn“).

Wohnungsbau

Söder hat als Finanzminister 30.000 der einst staatlichen GBW-Wohnungen verkauft.

2018 wurde von ihm die staatliche Wohnungsbaugesellschaft Bayernheim ins Leben gerufen.

Großspurige Ankündigung: 10.000 neue Wohnungen bis 2025.

Bisher wurde noch kein einziger Schlüssel einer selbst errichteten Bayernheim-Wohnung an Mieter übergeben - und das wird, wie das Bauministerium auf Anfrage der Süddeutschen Zeitung mitteilt, auch voraussichtlich erst 2024 der Fall sein (SZ vom 2. Januar 2023).

2000 neue Wohnungen bis 2020, schon diese erste Zielmarke wurde nicht erfüllt:

Ende 2020 brachte es die Bayernheim nur auf 71 angekaufte Einheiten, alle in München, nicht selbst gebaut...

„Krachend gescheitert“ lautet denn seit Jahren schon das vernichtende Urteil, das die Opposition fällt (SZ vom 2. Januar 2023).

Energiewende

Die Energiewende und die Windkraft wurden blockiert. Über Jahre hinweg hat die CSU Stromtrassen als „Monsterbauwerke“ bezeichnet, Pumpspeicherkraftwerke verhindert und den Windkraftausbau durch die sog. 10-H-Regel nahezu unmöglich gemacht.

Und jetzt: zeigt man mit dem Finger nach Berlin. Nur noch peinlich.

Pflegeplatzgarantie

Die für 2023 angekündigte Pflegeplatzgarantie ebenfalls eine gebrochenes Versprechen.

Um den Pflegenotstand und generell den Fachkräftemangel zu bewältigen, brauche des Zuwanderung.

Hier betreibt die CSU immer noch eine rückständige Politik.

Schulpolitik

Versagen auf der ganzen Linie. Um den Lehrermangel zu bekämpfen, sollen jetzt Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern abgeworben werden.

Die Ausbildung von Handwerksmeistern im Freistaat soll übrigens im nächsten Jahr kostenlos sein - im November hatte die CSU einen solchen Antrag im Landtag noch abgelehnt.

„Allmachtsfantasien“

Söder forderte 2018 eine Amtszeitbegrenzung für Ministerpräsidenten von 10 Jahren.

Diese wollte er in die Bayerische Verfassung schreiben, um ein „fundamentales Signal für mehr Demokratie, für Begrenzung von Macht“ zu setzen, wie er damals sagte.

Und auch danach beteuerte Söder immer wieder, dass er sich auch ohne Verfassungsänderung an seine Ankündigung gebunden fühle.

Nun offenbar nicht mehr.

Auf der Klausur der CSU in Banz, im Januar, redet Söder wieder über Demokratie. Nur rechtfertigt er damit nicht mehr die Amtszeitbegrenzung, sondern das glatte Gegenteil. „Wir sollten demokratischen Prozessen nicht vorgreifen durch starre Grenzen“, sagte Söder.

Söder hat seine Aussagen von damals in die Tonne getreten.

Das riecht nach Wortbruch.

SPD-Fraktionschef Florian von Brunn teilt mit: Immerhin gestehe Söder ein, dass für all seine Versprechen zehn Jahre bis zur Umsetzung nicht ausreichen.

Grünen-Fraktionschef Hartmann bescheinigt dem CSU-Chef „Allmachtsfantasien“. Statt das Land zu gestalten, „tanzt Söder um sich selbst herum“ (SZ vom 19. Januar).

So kennt man Söder halt. „Höher, weiter, besser“, großspurige Versprechen...

41. Dreikönigstreffen der Gemeinderäte von FWG-SPD Erlenbach/Tiefenthal

„Mit Zuversicht und Optimismus in das neue Jahr 2023“

Seit 1981 laden die Gemeinderäte von FWG-SPD Erlenbach/Tiefenthal zu ihrem Dreikönigstreffen ein. Nach zwei Jahren Pandemie konnte wieder eine Präsenzveranstaltung im Winzerkeller stattfinden.

Auch in diesem Jahr waren zahlreiche am gemeindlichen Geschehen interessierte Bürgerinnen und Bürger der Einladung gefolgt.

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende und ehemalige Gemeinderat Martin Wagner stellte eingangs fest, der Wunsch nach einer Rückkehr zu einem echten Miteinander sei vielerorts zu spüren. Für das neue Jahr gelte, dass Hoffnung und Ungewissheit selten so dicht verwoben waren. Trotzdem solle man mit Zuversicht und Optimismus in das neue Jahr 2023 gehen.

Es gelte, auf allen gesellschaftlichen Ebenen demokratischen Gemeinsinn durchzusetzen, aber auch gleiche Teilhabe.

Wagner wünschte für das neue Jahr Gelassenheit, Differenzierung und Vernunft.

Gemeinderat und Fraktionsvorsitzender Helmut Hauptmann gab einen Rückblick auf die Arbeit im Gemeinderat.

Während der Zeit der Corona-Beschränkungen hätten die Sitzungen unter Hygienevorschriften in der Festhalle stattgefunden, ergänzt durch Online-Besprechungen.

Hauptpunkt in den zurückliegenden Monaten sei in zahlreichen Sitzungen und Besprechungen der Neubau der Kindertagesstätte in Erlenbach gewesen. Im Gremium herrsche die einhellige Meinung, dass diese Maßnahme Vorrang vor allen weiteren Bauvorhaben habe.

Weiterer Schwerpunkt sei die Diskussion und Entscheidung über Freiflächen für Photovoltaikanlagen in den Gemarkungen „Hörst“ und „Buch“ gewesen.

Hier zeichne sich ab, dass die Fläche auf insgesamt 29,5 Hektar verkleinert werde. Mit dieser Fläche können ca. 9.500 Drei bis Vier-Personen-Haushalte versorgt werden. Dabei käme es zu einer CO₂-Einsparung von ca. 22.750t/Jahr.

In der Diskussion wurde erneut die Frage nach den Möglichkeiten einer Bürgerbeteiligung aufgeworfen. Bezüglich der Gemeindefinanzen stellte Hauptmann fest, dass die finanzielle Lage angespannt sei, aber als geordnet bezeichnet werden könne.

Der 2. Bürgermeister Stefan Schwind wies darauf hin, dass der Sanierungsbedarf u.a. bei der Wasserversorgung ständig steige. Das könne zu unvorhergesehenen Haushaltsbelastungen führen.

Künftig werde auch eine Verkehrsüberwachung des fließenden Verkehrs durchgeführt.

Für das Gebäude „An der Röthe 2“ liefen die Planungen weiter. Hier seien aktuell Lagerflächen verpachtet.

Bürgermeister Georg Neubauer erläuterte, dass der Glasfaserausbau im Gemeindegebiet für 2024 geplant sei.

Permanent geprüft werde auch die Standsicherheit von gemeindlichen Stützmauern und Brückenbauwerken.

Bei diversen Umlagen wie VG-Umlage, Kreisumlage oder Schulverbandsumlage der Mittelschule sei mit weiteren Belastungen für den gemeindlichen Haushalt zu rechnen.

Gemeinderat Helmut Hauptmann stellte hierzu abschließend fest, dass den Gemeinden immer mehr Aufgaben übertragen würden, ohne dass zum Beispiel der Freistaat für den entsprechenden finanziellen Ausgleich Sorge.

Als nächste Veranstaltungen stehen an: Ortsbegehung zum Weltwassertag im März sowie Halbzeitbilanz der FWG-SPD-Gemeinderäte im April.

Erlenbach aktuell



Ausbesserung des Weges an der Madelmühle.

Der Weg an der Madelmühle ist durch Wurzelwuchs beschädigt und bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung. Weiterhin wurde festgestellt, dass der Abwasserkanal und die Schachtabdeckungen Schadstellen aufweisen.

Die Maßnahmen zur Behebung, werden im Laufe des Jahres 2023 sukzessive durchgeführt.



Kindertagesstätte

Entwurfsansicht Neubau der Kindertagesstätte. Es entstehen 4 Regelgruppen und 3 Kleinkindgruppen. Nach heutigem Stand, werden wir im Zeitraum März – Mai, die Genehmigungsplanung einreichen können.

Der Baubeginn wird voraussichtlich Anfang 2024 sein.



Platzgestaltung OT Tiefenthal Obere Gasse

Die Arbeiten an der Platzgestaltung Obere Gasse haben im vergangenen Jahr begonnen. Nach der Winterpause werden die Arbeiten fortgesetzt. Es werden im Bereich Obere Gasse / Wasserweg, soweit notwendig, der Abwasserkanal und die Trinkwasserleitung erneuert. Auch Speedpipes werden mitverlegt, um den späteren Glasfaserausbau zu unterstützen.



Biber

Der Biber ist am Erlenbach heimisch geworden. Die Bäume auf öffentlichen Grund wurden, soweit möglich, mit Draht geschützt. Alle Maßnahmen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde (dem Biberbeauftragten des Landkreises). Sollte der Biber auf Privatgrund tätig werden, bitte mit dem Biberbeauftragten in Verbindung setzen und nicht selbstständig tätig werden, es drohen sonst Strafen.

Die SPD trotz dem Terror der Nazis

Vor 90 Jahren. Die SPD-Fraktion stimmt 1933 im Reichstag als einzige Partei gegen das sogenannte Ermächtigungsgesetz, mit dem die Nationalsozialisten ihre Diktatur errichten.

Am 30. Januar 1933 ernennt Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Am Donnerstag, 23. März 1933, steht auf der Tagesordnung des Reichstags die Beratung über das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das sogenannte Ermächtigungsgesetz.

Mit ihm soll sich das Parlament selbst entmachen, die Legislative auf die Reichsregierung übertragen und die Gewaltenteilung aufheben. Die benötigte Zwei-Drittel-Mehrheit ist sicher, denn die Kommunisten sind ausgeschaltet und außer den Sozialdemokraten wagt niemand mehr, Widerspruch zu erheben.

Erster Redner ist der SPD-Vorsitzende Otto Wels, der im Namen der gesamten Fraktion das Gesetz klar ablehnt: „Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll.“

Er fügt unter den Schmährufen der Nationalsozialisten hinzu: „Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“ Und weiter: „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.“

Schließlich fällt der legendäre Satz: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Die Demokratie war 1933 am Ende. Das Ergebnis ist auch bekannt...

TERMINE 2023

Termine bitte der örtlichen Presse bzw. Mitteilungsblatt entnehmen:

**Kommunalpolitische
Frühschoppen**

**Gemeinderäte FWG/SPD
Erlenbach/Tiefenthal**

Erlenbacher Sonntagsgespräch

ViSdPG
SPD-Ortsverein Erlenbach
www.spd-erlenbach.de

Steuergerechtigkeit und Grundsteuer

Wenig erregte die Gemüter von Bürgerinnen und Bürgern in den vergangenen Monaten so sehr wie die vom Staat geforderte Grundsteuererklärung. 2018 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Grundsteuer neu berechnet werden muss.

Schließlich stammen die Kriterien für die Ermittlung aus dem Jahr 1964 (Westdeutschland) bzw. sogar aus dem Jahr 1935 (Ostdeutschland).

Bayern geht, wie gewohnt, bei der neuen Ermittlung einen Sonderweg.

In Bayern zählt lediglich die Fläche von Grundstücken und Gebäuden. Wobei es keine Rolle spielt, ob das Haus in Erlenbach oder Tiefenthal, in München oder am Starnberger See steht.

Auch spielt keine Rolle, ob es sich um ein Einfamilienhaus mit Ölheizung oder um eine Villa mit Pool im bayerischen Alpenvorland oder an einem der bayerischen Seen handelt.

Der tatsächliche Wert des Grundstücks und der Immobilie darauf spielt also keine Rolle mehr.

Da sich das Steueraufkommen aus der Grundsteuer nicht ändern soll, sprechen Kritiker daher zu Recht von einer Umverteilung „von unten nach oben.“

Es sind große Zweifel angebracht, ob das bayerische Modell verfassungsgemäß ist.

Das Letzte. Oder: die CSU und der „Schurkenstaat“.

Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber aufgefordert, den Bundestag zu verkleinern. Die Ampel-Fraktionen haben ihren Entwurf für eine Wahlrechtsreform fertiggestellt.

Ziel: Verkleinerung des Bundestages auf seine Regelgröße von 598 Abgeordneten. Der Vorschlag sieht u.a. die Abschaffung der Überhang- und Ausgleichsmandate vor. Durch diese war der Bundestag immer weiter gewachsen, auf zuletzt 736 Abgeordnete.

Als Ergebnis würden alle Parteien ca. 20 Prozent ihrer Abgeordneten verlieren.

Der Zweitstimme käme die entscheidende Bedeutung zu.

Der Generalsekretär der CSU, mit Namen Huber, spricht in diesem Zusammenhang von einem „Schurkenstaat“.

Solche Ausführungen sind Gift für die Demokratie. Sie sind populistisch und gefährlich.

Ministerpräsident Markus Söder schloss sich der Kritik übrigens an.

Aber nicht an der Wortwahl seines Generalsekretärs, sondern am Entwurf der Ampel-Fraktionen.

Definition Schurkenstaat: Staat, der angeblich den weltweiten Terrorismus unterstützt und somit den Weltfrieden gefährdet.